Merkblatt für Beratungshilfe

Um Ihnen unnötige Wartezeiten zu ersparen, bitten wir vorab um Beachtung folgender Hinweise:

Beratungshilfe wird **nur** für die Wahrnehmung von Rechten **außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens** und unter folgenden

V o r a u s s e t z u n g e n

gewährt:

- Es steht **keine andere Möglichkeit für eine Hilfestellung** zur Verfügung, wie zum Beispiel Mieterschutzbund, Verbraucherzentrale, Gewerkschaft, Jugendamt o. a. Behörden.
- Es besteht **keine Rechtsschutzversicherung** für diese Angelegenheit.
- Es ist noch **kein Gerichtsverfahren anhängig**.
- Die Wahrnehmung der Rechte ist **nicht mutwillig**.

Dies wäre der Fall, wenn eine vermögende Person für diese Sache keinen Rechtsanwalt beauftragen würde oder die Sache so einfach ist, dass der Rechtsuchende sie auch ohne anwaltlichen Beistand regeln kann. **Bitte beachten Sie hierbei die Rückseite!**

Der Rechtsuchende darf nach seinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen nicht in der Lage sein, einen Rechtsanwalt selbst zu bezahlen.

Alle Einnahmen und Ausgaben sind bei Antragstellung durch entsprechende Belege nachzuweisen! (Kontoauszüge reichen nicht aus)

Einnahmen: (soweit zutreffend)

- Lohnbescheinigungen
- Aktueller Bescheid über Rente, ALG I, ALG II, Wohngeld, BaföG, BAB o.a.
- Einnahme- Überschussrechnung bei Selbständigen nach § 4 Abs. 3 EStG

Ausgaben: (soweit zutreffend)

- Mietvertrag
- Bei Eigentum: Nachweise über die Wohnkosten (Wasser, Heizung, Grundsteuer)
- Versicherungspolicen
- Kreditverträge bzw. Ratenzahlungsvereinbarungen

Nachweise über evtl. Vermögen (Sparbuch o.ä.) sind vorzulegen:

- Sparbuch
- Lebensversicherungspolice mit Angabe des aktuellen Rückkaufswertes
- Guthaben aus Bausparvermögen
- Sonstige Geldanlagen.

Auszüge des Girokontos für die 2 Monate (vollständig und lückenlos), die den Antrag auf Beratungshilfe vorausgehen.

Wichtig ist auch die genaue Bezeichnung der Angelegenheit.
Es empfiehlt sich daher, Unterlagen vorzulegen, aus denen sich die Problematik ergibt.

Mutwilligkeit liegt insbesondere vor, d.h. Beratungshilfe kann **nicht** gewährt werden:

- soweit bei verständiger Würdigung aller Umstände der Antragsteller von der
- Beratung durch einen Rechtsanwalt absehen würde, wenn er diesen bezahlen müsste
- zur Klärung möglicher Rechtsansprüche „ins Blaue“ hinein sowie für allgemeine und für präventive Rechtsberatung
- bei einem Missverhältnis zwischen dem Wert der Angelegenheit und den Kosten der anwaltlichen Vertretung
- zur mehrfachen Inanspruchnahme rechtlicher Beratung in der gleichen Angelegenheit
- soweit der Rechtsuchende sich selbst helfen kann.

Beispiele:

Hiernach scheidet Beratungshilfe in der Regel aus für

- die generelle Überprüfung eines Bescheides nach dem SGB II (z.B. ob die Leistungen richtig berechnet wurden)
- die Einlegung eines **einfach** gelagerten Widerspruchs gegen einen Bescheid der ARGE
- Überprüfung nach § 44 SGB X
- Anhörungen der ARGE, Ausfüllen von Fragebögen, Formularen usw.

Bei rechtlichen oder tatsächlichen Schwierigkeiten kann im Einzelfall für die Begründung eines Widerspruches Beratungshilfe gewährt werden, jedoch nur nach ausreichendem Vorbringen.